

## **PRESSEAUSSENDUNG**

[http://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20091204\\_OTS0254/aufenthaltsbewilligung-fuer-aliyev-und-seine-geschaeftsfreunde-gesetzwidrig](http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20091204_OTS0254/aufenthaltsbewilligung-fuer-aliyev-und-seine-geschaeftsfreunde-gesetzwidrig)

### **AUFENTHALTSBEWILLIGUNG FÜR ALIYEV UND SEINE GESCHÄFTSFREUNDE GESETZWIDRIG ANWALTSKANZLEI FORDERT AUFKLÄRUNG.**

Die Ergebnisse des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zeigen, wie sehr das gesetzwidrige Schnellverfahren betreffend Aufenthaltstitel für rechtskräftig verurteilte Schwerverbrecher aus Kasachstan auch bei uns die Gemüter erhitzt. Keiner will es gewesen sein. Das Innenministerium schiebt die Verantwortung auf das Land Niederösterreich und dieses beeilt sich zu versichern, dass es nur getan habe, was die Zentralbehörde gewollt hat, betonte heute die Anwaltskanzlei Lansky, Ganzger & Partner Rechtsanwälte GmbH. Die Kanzlei vertritt die Witwen der Opfer Aliyevs.

Gerald Ganzger, Partner bei Lansky, Ganzger & Partner: "Es ist unerklärlich, wieso der ehemalige kasachische Botschafter in Wien, Rakhat Aliyev und vier seiner Mittäter, wie insbesondere sein Haupthandlanger für die Mordanschläge, Vadim Koshlyak, Aufenthaltstitel bekommen haben." Das, obwohl im ganzen Bundesland Niederösterreich im Jahr 2007 nur etwa 20 Aufenthaltstitel als Quotenplätze verfügbar waren. Demnach wäre über ein Viertel dieser Plätze der kriminellen Bande erteilt worden, und das innerhalb von nur 2 Tagen. Nach Antragstellung am 3.9.2007 wurden die Aufenthaltstitel bereits am 5.9.2007 überreicht. Eine gesetzeskonforme Prüfung, die regulär 1 bis 3 Monate dauert, war ganz offensichtlich unterlassen worden. Allein das Drucken des Aufenthaltstitels im Kreditkartenformat für nicht bevorzugte ausländische Antragsteller dauert rund 2 Wochen und kann im Fall Aliyevs und seiner Mittäter daher nicht auf normalem Wege durchgeführt worden sein.

Die Rechtsanwälte der Witwen der Aliyev Opfer bezeichneten es als bedauerlich, dass durch das Beenden des Untersuchungsausschusses die Klarstellung dieser Sache nun unterbleibt. Dies sei ein "unfassbarer Skandal". Durch ihre Anzeige im August 2009 bei der Staatsanwaltschaft Wien hatten sie diese Sache ins Rollen gebracht. Ganzger: "Leider verhielt sich die Justiz in sämtlichen Causen im Zusammenhang mit Aliyev bisher äußerst zurückhaltend. Wünschenswert wäre daher, wenn diese Vorfälle endlich aufgeklärt werden könnten. Es darf nicht sein, dass nunmehr auch ein Missbrauch des österreichischen Fremdenrechtes von der Justiz genauso "übersehen" wird, wie es nunmehr auch für andere Causen bekannt wurde".